

Freie Menschen statt freier Handel – TTIP neu starten

2 Die Jahreshauptversammlung der Jusos Dithmarschen möge beschließen:

3 Die SPD-Bundestagsfraktion wird dazu aufgefordert, sich bei den Gesprächen über ein
4 transatlantisches Freihandelsabkommen (TTIP) für eine Beteiligung der Öffentlichkeit
5 einzusetzen.

6 Außerdem soll einem Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA im Bundestag
7 nur dann zuzustimmen, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:

8 -Arbeitsrechtliche, soziale und ökologische Standards sollen festgeschrieben werden.

9 -Einen Wettlauf schlechter Arbeitsbedingungen und keine Harmonisierung von Standards
10 nach unten darf es nicht geben.

11 -Verbraucher*innenschutz gestärkt wird, und insbesondere europäische
12 Lebensmittelstandards nicht aufgegeben werden.

13 -Vom Freihandelsabkommen sollten Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge oder der
14 kommunalen Selbstverwaltung ausgeklammert werden. Beispielsweise eine Privatisierung
15 von Wasser darf es nicht geben.

16 -Internationale Schiedsgerichte, außerhalb und unabhängig von bestehenden rechtlichen
17 Räumen, darf es nicht geben.

18 -Ein sogenanntes „No-Spy-Abkommen“ zwischen EU und USA verwirklicht wird.

Begründung:

21 Die bisherigen Verhandlungen über das TTIP werden im Geheimen geführt. Dieser Mangel
22 an Transparenz beunruhigt die Öffentlichkeit aus unserer Meinung zu Recht. Schon in der
23 Vergangenheit wurden internationale Abkommen mit neoliberaler Schlagseite geschlossen, da
24 die Zivilgesellschaft und potenzielle Gegenmacht wie Gewerkschaften und sozialistische
25 Parteien noch zu national orientiert sind.

26 Die Vorteile die freier Handel ökonomisch bringen kann sollten nicht zulasten von
27 Arbeiter*innenrechten, sozialen wie ökologischen Standards, oder der Heterogenität
28 unterschiedlicher wirtschaftlicher Regulation gehen.

29 Außerdem ist etwas Skepsis angebracht. Freihandel im Sinne von einer Abwesenheit von
30 Zöllen ist schon länger fast komplett durchgesetzt. Ziel sind viel mehr „Nichttarifäre
31 Handelshemmnisse“, also alles was den freien Handel stört aber keinen klassischen Zoll
32 darstellt. Es geht also eigentlich um eine schleichende Liberalisierung durch die Hintertür.

33 Ein solches nichttarifäres Handelshemmnis könnte z.B. das Verbot von mit Chlor behandelten
34 Hühnern sein, die derzeit in der EU nicht verkauft werden dürfen. Auf die Kosten die
35 amerikanischen Unternehmen so entgehen könnten sie nun die EU oder einzelne Staaten
36 verklagen und in einem fragwürdigen Urteil zu Schadensersatz verklagt werden.

- 37 Gerade für Deutschland mit zu Recht hohen Standards könnten also öffentliche Gelder bzw.
38 die Steuerzahlenden Unternehmen mit schlechten sozialen und ökologischen oder ohne
39 elementare Arbeiter*innenrechte subventionieren.
- 40 Europa muss unserer Meinung nach seinen Einfluss geltend machen um europäische
41 Standards auch weltweit durchzusetzen.